Newsletter des DGB Niedersachsen | 24/2026 | 13. August 2026

#schlaglicht

Renteneintrittsalter: 45 Beitragsjahre müssen genug sein

In die Debatte um die Rentenreform kommt allmählich Bewegung. Nachdem sich mehrere ostdeutsche Ministerpräsident*innen für den Erhalt der „Rente mit 63“ – korrekt müsste es abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren heißen – ausgesprochen haben, hat sich nun auch Niedersachsens Regierungschef Olaf Lies für deren Beibehaltung stark gemacht. Schließlich geht es hierbei um eine Anerkennung der Erwerbsbiografien derjenigen, die die meisten Versichertenjahre auf dem Buckel haben. Ihrem Gerechtigkeitsempfinden muss dementsprechend Rechnung getragen werden.

Arbeitgeber mit Kritik auf Abwegen

Die Arbeitgeberverbände waren ob dieser Forderung sofort außer Rand und Band. Reichlich kurios. Denn, obwohl die Unternehmen ständig wiederkehrend das Klagelied vom Fachkräftemangel anstimmen, zeigt die Realität, dass sie die Rente für besonders langjährige Versicherte gerne nutzen, um jüngere Beschäftigte zu halten und rentennahen Jahrgängen einen abgesicherten Übergang in die Rente zu ermöglichen. Zudem müssen sich die Arbeitgeber mit der Tatsache auseinandersetzen, dass sie selbst Beschäftigte jenseits des 55. Lebensjahrs kaum weiter beschäftigen oder neu einsteigen lassen.

Beschäftigte oft schwer belastet

Vor allem käme eine Erhöhung des Rentenalters für viele Beschäftigte einer Rentenkürzung gleich. Laut dem DGB-Index Gute Arbeit geben bereits 40 Prozent der Befragten an, dass sie ihre Tätigkeit nicht bis zum gesetzlichen Renteneintritt ohne Einschränkung ausüben können. Noch deutlich höher ist der Anteil in den Bereichen Heizung- und Sanitär, Pflege, Bau und Erziehung (siehe Grafik). Jede Verschiebung des Rentenalters nach hinten würde für diese Gruppen finanzielle Nachteile bedeuten, weil sie aufgrund körperlicher und psychischer Belastungen kaum länger durchhalten können.

Auch viele Frauen profitieren

Oft wird als Begründung gegen die „Rente mit 63“, deren Altersgrenze tatsächlich schon jenseits der 64 Jahre liegt, angeführt, von ihr würden ohnehin nur „gutsituierte Facharbeiter“ profitieren. Das ist nicht nur kein Gegenargument, sondern auch ein Mythos. Von den etwa 262.000 Menschen, die die Rente für besonders langjährig Versicherte 2025 in Anspruch genommen haben, waren knapp 45 Prozent Frauen. Deren Aus würde sie im selben Maße mit Abschlägen im Ruhestand bestrafen.

Lebensleistung verlangt Anerkennung

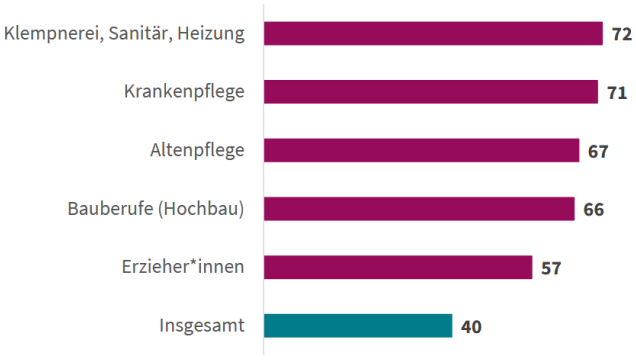
Kurzum: Die „Rente mit 63“ muss bleiben. Wer 45 Jahre gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, hat sie sich hart verdient. Die Beschäftigten verlassen sich auf die Zusage der Politik, abschlagsfrei in die Rente gehen zu können. Das ist eine Frage von Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Die Despektierlichkeit, mit der von verschiedenen Seiten über die Lebensleistung der Beschäftigten geredet wird, lässt sie daher fassungslos zurück.

Gesund und abgesichert im Alter

Dabei ist es nicht so sehr die Frage, ob es Reformen im Rentensystem braucht. Entscheidend ist das Wie. Die DGB-Rentenkommission hat eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, um es allen Beschäftigten zu ermöglichen, ihren Ruhestand gesund erreichen und im Alter den erreichten Lebensstandard halten zu können. Um diesen Forderungen auch öffentlich Nachdruck zu verleihen und den geplanten Kürzungen entgegenzutreten, geht es am 26. September in Hannover auf die Straße.

Zweifel an der Erreichbarkeit des Renteneintrittsalters

– Angaben in Prozent –



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2026; eigene Darstellung

45 %

aller abschlagsfreien Renten nach 45 Beitragsjahren gingen 2025 an Frauen

V.i.S.d.P. DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt,
Dr. Ernesto Harder, Otto-Brenner-Str. 1, 30159 Hannover